

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 30

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 23. Juli 1926.

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telephonruf West 61644. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Sozialversicherung und Volkswirtschaft.

Die deutsche Sozialversicherung ist seit Jahren Gegenstand besonders heftiger Angriffe des Unternehmertums. Angeblich sollen die Ausgaben für Versicherungszwecke die Wirtschaft so sehr belasten, daß darunter die Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt werde. Es war darum von besonderem Wert, daß der Gesamtverband deutscher Krankenkassen auf seiner Tagung vom 11.-13. Juli sich mit der wichtigen Frage „Sozialversicherung und Volkswirtschaft“ beschäftigte. Kollege Stegerwald führte dazu folgendes aus:

Das charakteristische der deutschen Sozialversicherung besteht darin, daß ein großer Teil des deutschen Volkes z wangsweise zur Aufbringung von Mitteln für soziale Versicherungszwecke angehalten wird. Der Gedanke sich gegen Krankheit, für den Todesfall etc. zu versichern, ist alt. In England hatten die Gewerkschaften bevor in Deutschland die Sozialversicherung gesetzgeberisch verwirklicht wurde, einzelne Arten von Unterstützungen weitgehend durchgeführt. Kein Land der Welt aber umfaßt heute ähnliche Massen von Versicherten und gewährt einen so großen Bruchteil seiner Bevölkerung Renten aus Versicherungseinrichtungen wie Deutschland. In Deutschland sind gegenwärtig 19 Millionen Menschen gegen Krankheit versichert, für die jährlich über 1,1 Milliarden Mark an Beiträgen aufgebracht werden und wovon jährlich etwa die Hälfte der Versicherten, nämlich 10 Millionen Menschen, in 200 Millionen Krankheitsstagen unterliegt werden. Gegen Invalidität sind in Deutschland 17 Millionen Menschen versichert, für die jährlich über 700 Millionen Mark an Beiträgen und Reichszuschüssen aufgebracht werden, woraus 1,6 Millionen Invaliden, 200 000 Witwen und 1,3 Millionen Waisen unterstützt werden. Die Angestelltenversicherung umfaßt 2 Millionen Menschen. Für sie werden jährlich 200 Millionen Mark aufgebracht, woraus gegenwärtig 80 000 Renten gewährt werden, deren Verdoppelung man in wenigen Jahren erwartet. Die Unfallversicherung zählt 23 Millionen Versicherte, wovon auf Industrie und Gewerbe 9,4 Millionen und nahezu 14 Millionen auf die Landwirtschaft, darunter viele Millionen selbständige Landwirte, entfallen. Gegenwärtig laufen in Deutschland rund 600 000 Verletztenrenten und 120 000 Hinterbliebenenrenten, wofür die Unternehmer rund 200 000 Millionen Mark aufzubringen haben. Den deutschen Krankenkassensystemen gehören 800 000 Mitglieder an, für die jährlich etwa 350 Millionen Mark aufgebracht werden, wovon ohne die Leistungen in Krankheitsfällen 320 000 Renten, und zwar überwiegend Witwen- und Waisenrenten, gewährt werden. Es mußten also in Deutschland im Jahre 1925 über 2,5 Milliarden Mark für die Sozialversicherung aufgebracht werden, aus denen über 14 Millionen Menschen bei Krankheit, Invalidität, Unfall, Alter usw. Zuwendungen erhielten. Nimmt man noch die Arbeitslosen, die Kriegsbeschädigten und die pensionierten Beamten dazu, dann haben im Jahre 1925 in Deutschland weit über 20 Millionen Menschen Zuwendungen aus öffentlichen Einrichtungen erhalten. Es wird daher gegenwärtig die Frage ventiliert: ob wir nicht auf dem Gebiet der Sozialversicherung und dem Rentenwesen die Grenze des für die gesamte Volkswirtschaft Erträglichen längst überschritten hätten.

Diese Frage gilt es zu untersuchen. Das ist nicht sehr leicht. Dabei spielen materielle Fragen, die Organisation der Volkswirtschaft eines Landes, die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Arbeiterschaft eines Landes im Vergleich zu anderen Konkurrenzländern, psychologische und seelische eine entscheidende Rolle. Für den Augenblick wird die Untersuchung auch noch dadurch erschwert, daß die Weltwirtschaft zur Zeit keine Einheit darstellt. Wir haben heute edelvalutarische und inflationsvalutarische Länder. Dadurch entsteht eine stark voneinander abweichende Preis- und Lohnpolitik, was für die Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen Länder von großer Bedeutung ist. Schließlich kommt es nicht nur auf den Lohn an, sondern auch darauf, was für den Lohn in den einzelnen Ländern geleistet wird. Die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder ist keine einheitliche. Manchen Völkern steckt der Gewerbesleiß im Blute, anderen die Bequemlichkeit und Trägheit. Der norditalienische Arbeiter ist sehr viel leistungsfähiger und williger wie der sizilianische: Sizilien hat ein viel heißeres Klima wie die norditalienische Lombardei um Mailand herum. Selbst in Deutschland ist die Arbeiterschaft nicht in allen Bezirken gleich

leistungsfähig und -willig. Dann versteht das Unternehmertum in den verschiedenen Ländern und auch in einem und demselben Land es durchaus nicht, aus den gleich geeigneten Arbeitern gleiche Leistungen herauszuholen. Unter solchen Umständen kann an eine Untersuchung über Sozialversicherung und Volkswirtschaft in Deutschland nur sehr „relativ“ herangegangen werden.

Deutschland leistet also jährlich 2,5 Milliarden Mark für seine Sozialversicherung. An Löhnen und Gehältern werden in Deutschland auf Grund von Schätzungen aus der Lohnsteuer etwa 37 Milliarden Mark gezahlt. Wir müssen uns klar sein, daß Löhne und Gehälter auf der einen, und Beiträge zur Sozialversicherung auf der anderen Seite als eine einheitliche Leistung der Wirtschaft angesehen werden müssen. Die Annahme, daß in Deutschland Staat, Wirtschaft und Volk besser

Die Würde des Staates hängt zuerst und vor allem von der persönlichen Würde seiner Glieder ab. Ein Körper, an dem die Glieder krank sind, kann auch in seiner Gesamtheit kein gesunder Körper sein; ein Haus aus schlechten Steinen aufgeführt, kann auch im ganzen kein festes Gebäude sein; so kann auch die aus Menschen gebildete Gemeinschaft keine hohe Stufe sittlicher Würde einnehmen, wenn in den einzelnen Individuen die Menschenwürde unterdrückt ist. Die hohe Würde, die das Christentum den Menschen mitteilt, gibt insbesondere dem christlichen Staatswesen jenes unvergleichliche Uebergewicht über jedes nicht christliche Volk. Die Weihe, die das Christentum der Staatsgewalt verleiht, nimmt in dieser Stellung nur den zweiten Platz ein. Diese erhabene Macht äußert das Christentum selbst da noch, wo nur noch schwache Teile seines Lebens sich erhalten haben. Wenn auch nur noch ein schwacher Strahl jenes himmlischen Lichtes in die Seelen des Volkes hineindringt, so gibt es ihm einen mächtigen Impuls und bewahrt es vor der Versinkung in allheidenliche Entwürdigung. Darin besteht auch insbesondere das Wesen des christlichen Staates, daß die Menschen, die ihn bilden, Christen sind und zur Höhe der christlichen Würde gelangen; nicht aber darin, daß die Staatsgewalt sich christlich nennt, oder einige äußerliche christliche Gebräuche beibehält.

Wilhelm Emanuel von Ketteler.

fahren würden, wenn, anstatt 37 Milliarden Mark Löhne und Gehälter und daneben Beiträge zur Sozialversicherung 39,5 Milliarden Mark an Löhnen und Gehältern ohne Sozialversicherung gezahlt würden, wird wohl nur von wenigen bezahlt werden. Dann können die 2,5 Milliarden Mark auch nicht als „Sonderlast der Wirtschaft“ angesprochen werden. „Die Sozialversicherung vereinigt in sich“, wie in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministers ausgeführt wird, — wenigstens zum überwiegenden Teil — die frühere gesetzliche Fürsorge der Unternehmer, die eigene Vorsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Die Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlicher Sparzwang zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung und zugleich Risikoausgleich im Falle der Krankheit und des Unfalles, der Berufsunfähigkeit und Invalidität, der Mutterschaft und des Todes. Ohne die Sozialversicherung ist die Lebensführung der Arbeiterschaft und der Angestellten im innersten Kern gefährdet. Infolge der Sozialversicherung hebt sich die gesamte körperliche und sittliche Lebenshaltung des Teiles der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Die Sozialversicherung setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus; sie ist aber zugleich die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.“

Die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung werden so dann von den Arbeitnehmern aufgebracht. Schließlich werden durch die Sozialversicherung die Etats der Gemeinden für Wohlfahrtszwecke und Armenlasten um mehrere Hundert Mil-

lionen Mark jährlich verringert, die ohne Sozialversicherung durch allgemeine Steuern aufgebracht werden müßten. Sieht man die Sache so, dann schrumpfen die 2,5 Milliarden Mark schon auf kaum 1 Milliarde Belastung der Wirtschaft zusammen.

Die deutsche Sozialversicherung darf eben nicht für sich allein, sondern muß im Zusammenhang mit Volk, Staat und Wirtschaft gesehen werden.

Dann spielen bei der Beurteilung der Sozialversicherung die Mentalitäten der verschiedenen Völker eine entscheidende Rolle. Der französische Individualismus könnte sich wohl kaum an den Gedanken gewöhnen, daß in einem Jahre ein Drittel des Gesamtvolkes Zuwendungen aus öffentlichen Einrichtungen erhält, die überwiegend durch Sparzwang gewonnen werden. In Frankreich sucht jeder einzelne Bürger zu sparen, um in Notfällen und im Alter von einer kleinen Rente einfach leben zu können. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika kennen keine Sozialversicherung. Dort muß der einzelne Arbeiter im allgemeinen kräftig anpacken und bekommt dafür in der Regel das Doppelte dessen an Reallohn, was der deutsche Arbeiter verdient. In Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Not greift er seine Ersparnisse an. Auch in Deutschland wird die Meinung vertreten, daß durch den gewaltigen Umfang der Sozialversicherung das Interesse des Einzelnen am Sparen erlahme und beeinträchtigt würde, daß damit die Familienbände gelockert würden, daß, wenn die Allgemeinheit für kranke und arbeitsunfähige Kinder einerseits und für betagte und arbeitsunfähige Eltern andererseits durch Renten Sorge, daß Pflichtgefühl von Eltern und Kindern gegeneinander gelockert würde. Schließlich trage die Sozialversicherung den Keim in sich, viele Einzelenergien zu lähmen. Wenn ein großes Volk die Persönlichkeitsentwicklung und Energieentfaltung seiner breiten Massen lähme, so müsse das auf die Dauer dem Volke, dem Staate und der Wirtschaft zum Verhängnis werden. Ernste Menschen weisen ähnliche Einwendungen nicht ohne Weiteres ab. Diesen Dingen im Einzelnen nachzugehen, ist sehr schwer, weil dabei wieder die Veranlagung und die Gesamteigenschaften ganzer Völker eine große Rolle spielen. Frankreich hat ohne ausgebaute Sozialversicherung bestimmt keine leistungsfähigere und leistungswilligere Arbeiterschaft wie Deutschland. Auch die Familienbände sind im Allgemeinen in Frankreich wohl kaum stärker herausgebildet und entwickelt wie im deutschen Volke. Aus dem amerikanischen Arbeiter wird im allgemeinen mehr herausgeholt, als aus dem deutschen. Die Familienbände aber sind in Amerika und auch in England, das ebenfalls keine ausgebaute Sozialversicherung hat, bestimmt nicht stärker ausgeprägt, wie bei uns. Wenn die deutsche Sozialversicherung es bei Minimalleistungen beläßt und die Familienhilfe nicht überspannt, lassen sich m. E. die ausgesprochenen Befürchtungen hinstellen.

Es ist überhaupt falsch, die Sozialversicherung für sich allein betrachten und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft begründen zu wollen. Dafür spielt die Sozialversicherung eine nur winzige Rolle. Viel entscheidender scheint mir folgendes zu sein:

1. Die Steuerpolitik eines Landes. In Deutschland läßt die Steuerpolitik zwischen Reich, Ländern und Gemeinden noch viel zu wünschen übrig. Wir haben heute in Deutschland noch manche produktionshemmende Steuern, die es abzubauen gilt. Im ganzen zahlt der deutsche Unternehmer nicht mehr Steuern wie der englische und amerikanische, und wie sie demnächst auch der französische Unternehmer bezahlen muß. Der amerikanische und englische Arbeiter dagegen zahlt im allgemeinen weniger Steuern wie sein deutscher Kollege.

2. Weiter ist wesentlich als die Sozialversicherung für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft die Organisation des Staates. In Deutschland können ohne Zweifel durch eine grundlegende Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden mindestens 1-1,5 Milliarden Mark, also mehr wie die Wirtschaft für die Sozialversicherung im eigentlichen Sinne aufbringen muß, eingespart werden. Die organisierte Wirtschaft soll diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwenden und wird dabei einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft auf ihrer Seite finden.

3. Schließlich ist für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidender wie die Sozialversicherung eine zweckmäßige Organisation der Wirtschaft und der einzelnen Betriebe. Heute ist Amerika ein Land mit viel jüngerer Kultur wie Europa, das aus-

päischen Wirtschaft auf vielen Gebieten überlegen. Man hat diesen amerikanischen Vorsprung vielfach damit zu begründen versucht, daß einmal Amerika das rohstoffreichste Land der Welt sei, und daß weiterhin infolge seiner insularen Lage es nicht die Mittel für Küstungen aufzubringen habe, wie ehemals die europäischen Staaten. Das scheint mir nicht das Wesentliche zu sein. Die amerikanischen Rohstoffe verschlingen zudem vielfach infolge der gewaltigen Ausdehnung des Landes sehr hohe Frachtkosten. Das entscheidende in dem amerikanischen Vorsprung scheint mir ein Dreifaches zu sein:

- a) die größere Aktivität des amerikanischen Unternehmers im Vergleich zu seinem europäischen Kollegen;
- b) die grundsätzlich andere Einstellung der amerikanischen Wirtschaftsführer, die ausgeht von dem Gedanken: niedrige Preise, hohe Löhne. Der Typ des deutschen Unternehmers dagegen ist aufgewachsen in der Vorstellung, daß es der deutschen Wirtschaft am besten gehe, bei niedrigen Preisen und hoher Arbeitszeit. Niedrige Preise und hohe Löhne sind nur möglich bei Massenabsatz. Massenabsatz aber sowohl wie auch Qualitätswarenherstellung haben zur Voraussetzung ein kaufkräftiges Publikum. Heute sind 70% des deutschen Volkes Gehalts- und Lohnempfänger und solange diese nicht hinreichend kaufkräftig sind, fehlen die ausreichenden Voraussetzungen für Massenabsatz und den Absatz von Qualitätswaren. Auf diesem Gebiete kommen die deutschen Wirtschaftsführer und Unternehmer um eine geistige Umstellung nicht herum;
- c) eine weitere Voraussetzung für den amerikanischen Vorsprung auf mancherlei Gebieten scheint mir das dortige bessere harmonische Verhältnis der Menschen zueinander zu sein. Herr Dr. Lufft, ein sehr tüchtiger Deutscher, der gegenwärtig im weltwirtschaftlichen Institut in Kiel tätig ist, und lange Jahre in Amerika gelebt hat, schreibt darüber in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“: „Über die Frage ist doch heute in Deutschland viel weniger die, ob 8 oder 9 Stunden gearbeitet werden soll, als vielmehr: ob Arbeit genug vorhanden ist, um die Arbeiter auch nur 48 Stunden in der Woche beschäftigen zu können. Hier ist offenbar etwas grundsätzlich falsch in unserm System, die Fabriken können nicht arbeiten, da die Konsumkraft fehlt.“ Dann fährt Lufft fort: „Unsere Produktion leidet vor allem an dem maßlosen Haß der einzelnen Schichten und Klassen untereinander. Niemals ist Haß produktiv, weder im großen noch im kleinen. Es geht ein Moment der passiven Resistenz durch unsere ganze wirtschaftlich arbeitende Bevölkerung, nicht nur durch die Arbeiter, sondern auch durch die Angestellten. Und daß diese passive Resistenz sich heute tief ins Unterbewußtsein eingestossen hat, und, sozusagen mechanisch wirkt, macht die Sache nicht besser. Diese tiefgestessene Verbitterung, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, hindert die Arbeitslust, schmälert die Freude an der Verwirklichung der eigenen Arbeit, ertötet das letzte künstlerische, initiative Element in jeder Arbeit. Dieses geist-

los Mechanistische unserer Produktion schlägt einem überall entgegen, wir haben deshalb keine Ausfuhr in hochwertigen Konsumindustrien. Das Problem, vor dem wir stehen, ist ein sozial-ethisches und nicht wesentlich ein materielles. Man fügt sich. Jeder fügt sich in lange Arbeitsstunden und schlechte Bezahlung, wenn er sieht, es geht eben nicht anders und keiner hat es besser. Was aber jeder verlangt, und mit Recht verlangen kann, das ist Gerechtigkeit und das Bemühtsein, Teil eines Ganzen zu sein, das zweckvoll und klug geleitet wird, und an diesen Resultaten er selbst wieder Anteil haben wird. Der Mensch folgt der Führerpersönlichkeit, die seinem eigenen Leben Wert und Sinn zu geben vermag.“

Der deutsche Unternehmer ist gewachsen in einer Periode, in der in Staat und Kasernenhof Subordination Trumpf war. Und dieser Subordinationsgeist hat sich auch auf die Wirtschaft und die einzelnen Betriebe jortgepflanzt. Bloßer Subordinationsgeist und innere Anteilnahme an der Arbeit ist ein Widerspruch in sich selbst. Was ist denn in der Kaserne getrieben worden, wenn der Vorgesetzte weg war? Führt unser im Subordinationsgeist erzeugtes Beamtentum etwa zu den aktivsten und initiativschöpferischsten Menschen? Der amerikanische Unternehmer macht das im allgemeinen anders. Er sucht seine Arbeiter durch menschliche und seelisch gute Behandlung an der Produktivität des Unternehmens zu interessieren. So wächst in dem Arbeiter das Bewußtsein, daß, wenn es dem Unternehmen gut geht, es auch ihm gut geht, daß das Werk, in dem er arbeitet, als „unser“ Werk anzusehen ist. Diese seelischen Dinge sind für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes von fundamentaler Bedeutung, sie sind für die Produktivität der Wirtschaft entscheidender wie die Frage: ob bei rund 40 Milliarden Mark Gehalt- und Lohnsumme sowie Beiträgen zur Sozialversicherung 1 Milliarde Mark mehr oder weniger aufgewendet werden sollen. Das ist wenigstens richtig auf längere Sicht gesehen. Im Augenblick muß man natürlich auch auf augenblickliche Verhältnisse Rücksicht nehmen.

4. Endlich ist für die Volkswirtschaft eines Landes die Erziehung des Volkes für einen zweckmäßigen Konsum ebenfalls sehr viel wichtiger wie der Streit um einige Hundert Millionen Mark Mehrleistungen der Sozialversicherung. Der Amerikaner ist wohl im allgemeinen weniger wie der Deutsche aber dafür sehr viel besser. Er ist vor allem vernünftiger. „Es handelt sich nicht“, wie Lufft ausführt, „im wesentlichen um den Ersatz von Kartoffeln durch Fleisch, sondern um reichlichere Milch-, Eier- und Obstnahrung. Das sind alles Lebensmittel mit hohem Vitamingehalt. Die Produktion des deutschen Bodens ist an sich vitaminärmer; aber die deutsche Nahrungsmittelzubereitung zerstört durch übermäßiges Kochen auch noch den größten Teil der vorhandenen Vitamine.“ Es ist weiterhin kein Naturgesetz, daß das deutsche Reich jahraus, jahrein 5-7 Milliarden Mark an Alkohol und Tabak konsumieren muß.

(Schluß folgt.)

Aus der Waggonbauindustrie.

Zu den Industrien, die in letzter Zeit Arbeiter in erheblicher Zahl entlassen haben, gehört auch die Waggonbauindustrie. Diese Industrie hatte in der Vorkriegszeit mit den stabilsten Arbeitsmarkt. Zu ihren Auftraggebern gehörten in der Hauptsache die deutschen Eisenbahnen, staatliche wie private, ebenso die Straßenbahngesellschaften, und darüber hinaus war sie erfolgreich im Auslandswettbewerb. Infolge ihres Zusammenschlusses im Verband der Waggonfabriken hatte sie eine gewisse Monopolstellung inne. Die Aufträge wurden zu lohnenden Preisen auf Kosten der Allgemeinheit hereingenommen, das Geschäft blühte und die Aktionäre erfreuten sich guter Dividenden.

Nach dem Kriege hat sich das Bild wesentlich geändert. Die Zahl der Waggonfabriken hat sich wesentlich vermehrt, die Aufträge aber sind zurückgegangen. Die deutsche Reichsbahn, die vor dem Kriege die Waggonfabriken bis zu 80 Prozent mit Aufträgen versah, hat seit 1923 keine nennenswerten Aufträge mehr verteilt. Nach Zeitungsmeldungen wurde nur ein Auftrag auf D-Zugwagen hinausgegeben, wovon je 6 Wagen auf die in Betracht kommenden Waggonfabriken entfiel. Von den Privatbahnen hat die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft 300 Wagen vergeben, wovon 10 Waggonfabriken je 30 Wagen erhielten. Als Reparationsauftrag für Frankreich sind seinerzeit 4000 Waggons vergeben worden, wovon zunächst 1500 Waggons an die Bahnbedarfs-A.-G. in Darmstadt und 1800 Waggons an die Sockelwerke-A.-G. in Neuwied gegeben wurden; die restlichen 700 Waggons sind auf die übrigen Waggonfabriken im besetzten Gebiet verteilt worden, mit Ausnahme der Waggonfabrik in Uerdingen.

Die Sockelwerke-A.G. in Neuwied haben von dem Auftrag nur einen kleinen Teil fertiggestellt (200 Waggons), den Betrieb dann stillgelegt und sich unter Geschäftsaufsicht gestellt. Diefelbe ist zwar am 16. Juni aufgehoben worden, der Betrieb ruht aber noch, weil angeblich die Preisgestaltung für den Auftrag so ungünstig ist, daß ein lohnendes Geschäft als ausgeschlossen gilt. Zurzeit sollen Verhandlungen mit der französischen Regierung geführt werden zwecks Finanzierung des Auftrages. Die Bahnbedarfs-A.-G. in Darmstadt hat ihren Auftrag an die Waggonfabrik van der Zypen & Charlier in Köln-Deutz weitergegeben, doch soll dieser Auftrag von Frankreich angeblich noch nicht bestätigt sein. Neuerdings wird noch berichtet, daß Rußland beschloffen hat, in nächster Zeit 4000 Eisenbahnwaggons einzukaufen. Von diesen sollen 2000 bei den Baldwin-Eisenbahnwerken in Philadelphia bestellt werden, während die übrigen 2000 nach Deutschland und England vergeben werden sollen. Unschonend hat auch die deutsche Reichsbahngesellschaft in neuester Zeit noch Aufträge herausgegeben; es wird wenigstens berichtet, daß die Waggonfabrik Fuchs A.-G. in Heidelberg in letzter Zeit einen solchen Auftrag erhalten hat.

Nach einem Berichte der Waggonfabrik Uerdingen vom 31. 3. 1926 hat sich diese bemüht, für den Ausfall von Inlandsaufträgen solche aus dem Ausland hereinzuholen und dabei auch manchen Erfolg gehabt; dazu gehört vor allem

Die Entwicklung der Hausindustrie zum bevorzugten gewerblichen Betriebsystem im 17. Jahrhundert.

Das Handwerk war es, welches während des Mittelalters die vorherrschende Form der gewerblichen Betriebsysteme gewesen ist. Sei es als „Lohnwerk“, wo der Verbraucher dem Handwerker selbst das nach seinen Wünschen zu verarbeitende Rohmaterial lieferte, und der Handwerker entweder bei sich zu Hause, oder aus dem Ort zu Ort ziehend, gegen Stücklohn arbeitete. Oder sei es in der Form des „Preiswerks“, wo der Handwerker entweder dem Kunden eine bei ihm bestellte Ware um einen vereinbarten Preis überließ, oder — wie es sich später auch herausbildete — ihm eine, aus der für einen unbestimmten Käuferkreis fertiggestellte Auswahl, gewählte Ware für einen festen Preis verkaufte. War die Kundenproduktion, also die Arbeit auf Bestellung, die normale Arbeitsweise des zünftigen städtischen Handwerks, so war das Preiswerk die Grundlage des Markthandels und zum Teil auch des Messehandels. Als nun aber, gestützt auf die Entwicklung der Wirtschaft und die kulturelle Aufwärtsbewegung nicht nur eine bedeutende Vermehrung der Bevölkerung einsetzte, sondern auch die voranschreitende Entwicklung die Art und Zahl der Bedürfnisse vervielfältigte, so daß die Anforderungen an die Leistungen der Produktionskräfte der Wirtschaft vielseitiger und zahlreicher wurden, da mußte diese neue Situation auch die Entwicklung der gewerblichen Betriebsweise berühren, und das Handwerk entweder den gesteigerten Anforderungen anpassen oder darüber hinaus neue Betriebsformen suchen, die den gegebenen Anforderungen gerecht zu werden in der Lage waren. Das Natürliche wäre gewesen, daß die Zahl der Handwerker sich proportional des größeren wachsenden Bedarfs erweitert hätte. Bis zu einem gewissen Grade wird das auch tatsächlich der Fall gewesen sein, aber die Abschließungspolitik der Meisterkaste und die gerade in den späteren Perioden der Entwicklung immer schwerfälliger werdenden Zunftbeschränkungen wirkten in mancher Richtung der ungehemmten Fortbildung entgegen. Dazu kam, daß in fast jeder Stadtwirtschaft das Zunftwesen spezifisch eingestelltes Formen entwickelt hatte, und in der einen die Produktion von selbständigen Meistern mit eigenen Gesellen, eigenen Arbeitsgeräten und in eigener Werkstatt, im Rahmen der Zunftbestimmungen betrieben wurde, in anderen das Moment der Selbstständigkeit des Meisters zuweilen zurücktrat hinter die Abhängigkeit von einem Verleger. Wie betont — das war in den einzelnen Gewerben und Stadtwirtschaften durchaus verschieden. So ist es auch zu erklären, daß die Entwicklung der gewerblichen Betriebsformen über das Hand-

werk hinaus so wenig einheitliche und lokal verschiedene Ergebnisse geseitigt hat. Bei einer übersichtlichen Zusammenstellung dieses Entwicklungsganges läßt sich deshalb auch nicht das Prinzip der Allgemeingültigkeit herausarbeiten, sondern muß man sich darauf beschränken, aus dem Nebeneinander und Aufeinanderfolgen der verschiedenen Ansätze, Fortbildungen und zeitweiligen Ergebnisse die Grundlinie herauszusuchen. Unter diesem Gesichtswinkel ist es möglich, ein verhältnismäßig übersichtliches Bild zu entwerfen.

Die Weiterentwicklung der gewerblichen Betriebsform über das Handwerk hinaus liegt meines Erachtens nur zu einem geringen Teil beim städtischen zünftigen Handwerk, zumal dort, wo es einem gleichmäßigen Nährboden hatte. Denn einmal war es ja gerade diese Art Handwerk, das sich mit allen zumutlichen Mitteln gegen nicht nur die Erweiterung des Kreises der Junggenossen wehrte, sondern auch auf dem Konservatismus der Jungreglementierung der Gesellenzahl, der Produktionsart, der Produktionsmenge und dergl. mehr beharrte; und sich zum anderen, statt den Geboten der Entwicklung Rechnung zu tragen, hinter eine unübersteigbare Mauer immer umfangreicher werdender Zunftverordnungen zurückzog und auf diese Weise die komplizierter werdenden Aufgaben der Wirtschaft lösen zu können glaubte. Anders schon lagen die Verhältnisse bei denjenigen Handwerkern, die auf wirtschaftlich weniger festem Boden standen. Ihnen fehlte das feste Rückgrat der gesicherten wirtschaftlichen Existenz (z. B. im niedergehenden deutschen Textilgewerbe). Die eigentliche Wurzel der Weiterentwicklung lag aber m. E. auch nicht allein hier, sondern bei der dauernd größer werdenden Zahl der aus zunftpolitischen Gründen nicht mehr Meister werden könnenden Gesellen, bei den kleinen Meistern, die sich durch ihre Arbeit eben erhalten konnten und bei den Landhandwerkern. Ich betone ausdrücklich — die schwächeren Wirtschaftssubjekte waren m. E. der Ausgangspunkt der Fortentwicklung. Wie aber ist das in den Zusammenhang einzureihen?

Die Abschließungspolitik der Meisterkaste stellte die Gesellen nach Abschluß der Lehrzeit vor die Entscheidung: Entweder auf unabsehbare Zeit Meistergejellen zu bleiben, oder sich außerhalb des städtischen Zunftzwanges auf dem Lande niederzulassen, oder in Form der Heimarbeit für einen Verleger zu arbeiten. Da aber die Nachfrage infolge der Gesellenhaltungsbeschränkung der Zünfte gering war, war die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die Meistergejellen schlecht und führte zu häufig beobachteter Arbeitslosigkeit. Auch die Lage der unzünftigen Landhandwerker war schwer, zumal ihnen einmal der Absatz durch den städtischen Zunfthandel Konkurrenz machte und zum anderen ihre Unzünftigkeit von den Zünften stark befehdet wurde. Nun brachte es aber die Entwicklung der Wirtschaft in Verbindung mit der Betonung des auswärtigen Handels im 16. Jahrh. mit sich, daß gerade

die Ausfuhrwirtschaft einer besonders leistungsfähigen Produktionsquelle bedürfte, und weil — wie es sich herausstellte — das zünftige Handwerk diese nicht mehr darzustellen imstande war, zunächst einmal eine solche geschaffen werden mußte. Und diese Aufgabe hat die Wirtschaft auf zwei Arten gelöst — durch die Entwicklung der Hausindustrie und der Manufaktur.

Wenden wir uns zunächst der Entstehung der Hausindustrie zu. Wir wissen bereits, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt, besonders im Textilgewerbe — der Hauptstütze der mittelalterlichen Wirtschaft — infolge der niederländischen und englischen Konkurrenz u. immer unsicherer geworden war und zweifellos wird eine nicht geringe Arbeitslosigkeit den Arbeitsmarkt belastet haben. Der Gedanke, durch Heimarbeit diese Arbeitskräfte dem Handel nutzbar zu machen und dadurch, daß man den Heimarbeitern Rohstoffe und Arbeitsmittel zur Verfügung stellte, bei verhältnismäßig billigem Lohn, eine für den Export geeignete, und wegen ihrer Billigkeit überdies konkurrenzfähige Produktionsquelle zu schaffen, hat bald in der Wirtschaft einen Niederschlag gefunden. Den Ausschlag aber gab, daß auch die kleinen städtischen Handwerker und die Landhandwerker mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Das war für das Eindringen der Verleger natürlich außerordentlich günstig. Wo wäre in solchem Falle wohl nicht der Händler willkommen gewesen, der — wenn auch zu einem geringeren Preis — die Waren abnahm, die vorher nur mit Mühe abgesetzt werden konnten? Die einmalige Uebernahme des Warenbestandes wiederholte sich, wurde im Laufe der Zeit regelmäßig und zuletzt etwas Selbstverständliches. Die einzelnen Wünsche des Aufkäufer fanden entgegenkommendes Verständnis, die Form und Qualität wurde ihnen angepaßt, unbewußt der Produktionsgang auf die Nachfrage des Aufkäufer eingestellt. Je mehr dieses geschah, um so größer war die Aussicht auf einen gesteigerten Absatz. Aus den Wünschen der Aufkäufer wurden Bestellungen, aus den Bestellungen regelmäßige Aufträge. Und nach einer weiteren Zeitspanne übernahm der Verleger, wenn er die nun schon zu festgelegten Tagen regelmäßig zu liefernden Waren abholte, der Einfachheit und schnelleren Beschaffung wegen auch den Ankauf und die Anfuhr der Rohstoffe und ließ er von nun ab den Meister mit dessen Gesellen nach bestimmter nach seinen Wünschen arbeiten. Fast regelmäßig trat damit die Arbeit für die private Kundschaft des Meisters ganz in den Hintergrund, hatte er doch nun, wo er auch in Anbetracht dessen, daß er keine Rohmaterialien mehr zu kaufen brauchte und regelmäßig voll beschäftigt war — besondere Vorzugspreise einräumen mußte — alle Hände voll zu tun, um pünktlich liefern zu können und seinen Verdienst zu erhalten. Von hier bis zu dem Augenblick, wo der Verleger ihm auch die im Laufe der Zeit schadhast gewordenen Arbeitsgeräte aus eigenen Mitteln ergänzte und zur Benutzung zur Ver-

ein ziemlich großer Teilauftrag für die indischen Bahnen. Es wird in diesem Bericht darüber geklagt, daß diese Aufträge infolge großer Unkosten wenig lohnend seien. Interessant ist übrigens noch, daß in der Generalversammlung ein Aktionär beantragte, dem Aufsichtsrat erst dann eine Vergütung zu zahlen, wenn eine Dividende von 8 % verteilt würde. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, dem Aufsichtsrat eine Vergütung von 3000 Mk. je Mitglied und dem Vorsitzenden eine solche von 6000 Mk. zu gewähren. In Anbetracht der heutigen Notzeit und der großen Klagen der Industrie gewiß eine anständige Vergütung, besonders wenn man sie in Vergleich stellt zu den Löhnen der Arbeiter, ganz abgesehen von den Leistungen.

In den westdeutschen Waggonfabriken sind besonders auch sehr viel Holzarbeiter entlassen worden. Es trifft diese Brotlosmachung zum großen Teil solche Arbeiter, die 20 und mehr Jahre in den Betrieben tätig waren. Grund der Entlassungen ist Auftragsmangel und angeblich Rückgang der Verwendung von Holz im Waggonbau. Es wird hervorgehoben, daß besonders das große Eisenbahnunglück in München wieder den Beweis erbracht habe, daß Eisenbahnwagen, deren Gerippe nur aus Eisen hergestellt sei, erheblich weniger und nicht so gefährliche Verletzungen zur Folge hätten wie solche, deren Gerippe aus Holz hergestellt sei. Ob das zutrifft, sei dahingestellt. Das Bestreben der Reichsbahn sollte vor allen Dingen dahin gehen, daß Zugzusammenstöße überhaupt vermieden würden. Wenn Züge mit solcher Gewalt aufeinanderfahren wie in München, wird es immer Tote und Verletzte geben, ganz gleich, ob Holz- oder Eisengerippe beim Bau verwendet wurde. Im übrigen lehrt die Erfahrung, daß D-Zugwagen infolge ihres stärkeren Unterbaues viel stabiler sind als gewöhnliche Personenwagen. Daß man bei Entlassungen von Holzarbeitern kurz nach dem Eisenbahnunglück in München mit solchen Gründen kommt, scheint mehr dazu zu dienen, die wahren Gründe zu verunkeln. Alte Arbeiter will man los werden, um sie später durch jüngere Kräfte zu ersetzen. Daß die Waggonbauindustrie heute infolge eines Auftragsmangels in schwieriger Lage befindet, ist gewiß nicht zu leugnen; es würde den langjährig beschäftigten Arbeitern aber eine gewisse Beruhigung geben, wenn man ihnen die Versicherung geben würde, daß sie bei Besserung des Geschäftes wieder Arbeit im Betriebe erhalten. Das geschieht in den meisten Fällen nicht.

Infolge der großen Zahl der Waggonfabriken, die wir heute in Deutschland haben, wird über kurz oder lang ebenfalls ein Ausscheidungsprozeß vor sich gehen. Es erscheint als ausgeschlossen, daß wieder ein Verband der Waggonfabriken gegründet werden kann, der die Verteilung der Aufträge vornimmt, weil vorläufig wenig zu verteilen ist und dann auch auf die Dauer die Betriebe zum teilweisen Leerlauf verurteilt sein würden. Im Konkurrenzkampf wird aber auch in der Waggonbauindustrie die Leistungsfähigkeit den Ausschlag geben und diese wird bedingt durch die besten Betriebseinrichtungen. In der westdeutschen Waggonbauindustrie handelt es sich vorwiegend um langjährige Betriebe, deren Einrichtungen wohl auch zum Teil veraltet sind. Mit welchem Weitblick und mit welcher Catkraft die Leitungen dieser Werke sich der Neuzeit anpassen, wird ausschlaggebend sein für den

Fortbestand manchen Werkes. Erste Aufgabe ist auch hier: technisch gute Ausgestaltung des Betriebes und daneben weniger Lohndruck und keine sinnlose Belegschaftserneuerung.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1926 der 30. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Teilzahlungen für das III. Vierteljahr 1926. Eine zweckmäßige Verwertung der Verbandsgelder ist nur möglich, wenn der Vertrauensmann die eingezogenen Beiträge sofort an den Zahlstellenkassierer abliefern und der Zahlstellenkassierer regelmäßig Teilzahlungen an die Hauptkasse leistet.

Beitragsleistung bei Verrichtung von Notstandsarbeiten. Auf verschiedene Anfragen, ob die durch Notstandsarbeiten beschäftigten Verbandskollegen beitragspflichtig seien, wird darauf hingewiesen, daß kein Grund vorliegt, diese Kollegen von der Beitragspflicht zu entbinden.

Angeichts der augenblicklichen Wirtschaftsschwierigkeiten, unter denen naturgemäß auch die Organisation leidet, ist es dringend notwendig, daß alle in Arbeit stehenden Kollegen ihren Verbandsbeitrag entrichten, nicht zuletzt um die erwerbslosen Kollegen unterstützen zu können.

Lohn- und Tarifbewegung.

Landestarifgebiet Rheinland-Westfalen. Ein Unrecht wieder gutgemacht hat die Reichsarbeitsverwaltung dadurch, daß sie die Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für das rhein.-westf. Holzgewerbe nunmehr auch auf die Bauschreinereien der Betriebe übertragen hat, welche dem rhein.-westf. Baugewerbeverband in Essen angehören.

Die Entscheidung lautet wie folgt: „Die Allgemeinerbindlichkeit des Bezirkstarifvertrages vom 29. Oktober 1924 für die gewerblichen Arbeiter im Holzgewerbe in Westfalen und im rechtsrheinisch gelegenen Teil der Rheinprovinz (allgemeinerbindlich erklärt durch Verfügung IV, 3909/92 vom 1. April 1926, siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 16. April 1926) erstreckt sich mit Wirkung vom 1. Juli 1926 auch auf die Betriebe, die dem Münsterländischen Stuhlfabrikantenverbände in Stadtlöh, und die Bauschreinereien der Betriebe, die dem rheinisch-westfälischen Baugewerbeverbande in Essen angehören.

Auf unseren Antrag hin wurde der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe am 30. März d. Js. für allgemein verbindlich erklärt. Ausgenommen hiervon wurden mit Zustimmung der Arbeitnehmer einige Betriebe, für welche mit den Holzarbeiterverbänden abgeschlossene bindende Verträge bestanden.

Sonderbarer Weise hatte die Reichsarbeitsverwaltung aber auch die Bauschreinereien der Arbeitgeber, welche Mitglied des rheinisch-westfälischen Baugewerbeverbandes sind, von der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung ausgeschlossen; ebenso auch die Betriebe des rhein.-westfälischen Stuhlfabrikantenverbandes. Diese Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung war uns unverständlich, weil in den genannten Betrieben alle Vertragsbestimmungen bisher innegehalten wurden, andererseits die Bauschreinereien des Baugewerbeverbandes keine ausschlaggebende Bedeutung im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe haben. Auch hatte ja der Baugewerbeverband fast 20 Jahre als Hauptvertragskontrahent mit den Holzarbeiterverbänden Tarifverträge abgeschlossen, deren Bestimmungen noch heute allgemein bestehen und anerkannt werden. Dadurch, daß die genannten Betriebe nicht mehr an die Vertragsbestimmungen gebunden sein sollen, wurde eine starke Beunruhigung unter die Arbeiterschaft getragen, da diese Entscheidung manchem Arbeitgeber Veranlassung gab, nun auch die seit Jahren in ihren Betrieben bestehenden Vertragsbestimmungen zu beseitigen, wodurch viele Differenzen entstanden, die an Schlichtungsausschüssen und Gewerbegerichten ausgetragen werden mußten.

Nach zur rechten Zeit kam daher die Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung, wodurch viele Streitfälle von selbst erledigt wurden.

Aus den Verbandsbezirken.

Sau Ostpreußen.

Nach einer kürzeren tariflosen Zeit ist es nunmehr wieder gelungen, in Ostpreußen einen Tarifvertrag abzuschließen. Bereits unter dem 29. Dezember 1925 hat uns der Arbeitgeberverband die Kündigung des früheren Vertrages übermittelt. Er ließ sich aber nachher nicht mehr hören bis zum 18. März ds. Js., an welchem Tage er die Arbeitnehmerverbände zu Verhandlungen am 30. März nach Insterburg einlud. Dies stand mit den Bestimmungen des früheren Vertrages in starkem Widerspruch. Dort war festgelegt, daß innerhalb vier Wochen nach Kündigung des bestehenden Vertrages Neuverhandlungen ausgenommen werden müssen. Die Arbeitnehmerverbände lehnten darum auch die Teilnahme an den Verhandlungen ab. Es war wohl dem Arbeitgeberverband plötzlich klar geworden, daß es doch besser sei, beim Einsetzen besserer Konjunktur einen Tarifvertrag zu haben, statt infolge Tariflosigkeit allerlei unliebsame Überraschungen zu erleben. Wie notwendig der Arbeitgeberverband den Abschluß eines neuen Tarifvertrages erachtete, zeigt sich schon daraus, daß

nachdem wir auch einen zweiten, vom Arbeitgeberverband angeetzten Verhandlungstermin abgelehnt hatten und einen uns genehmen Termin ansetzten, dieser vom Arbeitgeberverband auch ohne weiteres akzeptiert wurde. Wir verlangten vom Arbeitgeberverband, da er ja den alten Vertrag gekündigt hatte, daß er uns einen Vertragsentwurf vorlegen oder doch die von ihm gewünschten Änderungen im alten Vertrag zur Kenntnis bringen möchte. Diesem wurde arbeitgeberseits auch schnellstens entsprochen und waren wir erstaunt, daß doch so einige, im Laufe der letzten zwei Jahre mit Hilfe des recht arbeiterfeindlichen Königsberger Schlichtungsausschusses in den Vertrag hineingekommenen Verschlechterungen nicht mehr oder nur noch teilweise zu finden waren.

Nebenbei mag noch bemerkt sein, daß infolge des ziemlich einseitigen Verhaltens des Schlichtungsausschusses, besonders des Schlichtungsausschuss-Vorsitzenden, wir die Absetzung des letzteren beim zuständigen Ministerium in Berlin beantragt haben. Wegen nicht genügend durchschlagender Begründung wurde unser Antrag, wie ja nicht anders zu erwarten war, abgelehnt.

In mehrmaligen Verhandlungen wurde sowohl der Arbeitgeber-, wie auch ein Arbeitnehmer-Entwurf immer und immer wieder durchgesprochen. In langwierigen und schweren Kämpfen suchten beide Parteien für sich jeweils die besseren Bedingungen zu schaffen. Bei genauer Durchsicht des Vertrages werden die Kollegen feststellen, daß wir nur in sehr wenigen Punkten den Arbeitgebern Zugeständnisse unter Berücksichtigung der heutigen Lage gemacht haben. Der Arbeitgeberverband mußte unter Ausmerzung der infolge Schiedsprüche usw. im Laufe der Zeit eingetretenen Verschlechterungen so ziemlich zu besseren Bedingungen seine Zustimmung geben. Ein besonders hervorstechendes Moment war für uns, daß die Arbeitgeber uns von vornherein den achtstündigen Arbeitstag anboten, wogegen sie vor zwei Jahren den Zehnstundentag forderten und mit aller Gewalt durchsetzen wollten. Damals kam ja durch einen Schiedspruch für Ostpreußen die 55stündige Arbeitswoche heraus. Auch der Urlaub war uns nun voll zugestanden, mit Ausnahme der Karenzzeit, welche auf ein Jahr verlängert werden sollte. Auch hier war durch einen Schiedspruch vor zwei Jahren den Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes Rechnung getragen worden, indem damals der Schiedspruch eine Wartezeit von 9 Monaten vorsah. All die Einzelheiten aufzuführen, würde zu weit gehen. Bemerkte sei noch, daß an der Wartezeit für Urlaub bereits im letzten Moment noch der Vertrag gescheitert wäre. Wir forderten Urlaub nach 6 Monaten, wogegen die Arbeitgeber nur bereit waren, nach 9 Monaten Urlaub zu gewähren. Schließlich gelang es doch noch, zu einer Einigung zu kommen und zwar, daß nunmehr nach 7 Monaten die Urlaubsberechtigung eintritt.

Notwendig ist es, daß wir auf die Verhandlungen einen Rückblick werfen und unsere entsprechenden Betrachtungen anstellen. Schon beim Erhalt des Vertragsentwurfes der Arbeitgeber fiel uns auf, daß so manches an Verschlechterungen nicht enthalten war, was anderen Berufen, zum Beispiel dem Metall- und Transportgewerbe, ohne weiteres zudiktirt wurde. So mußten sich die Metallarbeiter, die nach der Revolutionszeit nicht radikal genug sein konnten, gefallen lassen, daß ihnen der 10stündige Arbeitstag, Verkürzung des Urlaubs und anderes aufoktroiert wurde und es blieb denselben nichts anderes übrig, als dies auch anzunehmen. Der Arbeitgeberverband gestand uns während der Verhandlungen freimütig, daß er die Holzarbeiterverbände für gut durchorganisierte Gewerkschaftsgruppen ansieht, mit denen man auf jeden Fall anders rechnen müsse und die eine andere Wertbemessung erhalten müßten, als so ziemlich alle anderen Gruppen. So wurden die Verhandlungen stets in einem, wenn auch scharfen, doch sachlichen Rahmen geführt. Durch sein Verhalten hat der Arbeitgeberverband klar und offen zum Ausdruck gebracht, was wir bedeuten, wenn wir gut und straff in unserem Beruf organisiert sind und andererseits kam aber auch zum Ausdruck, wie mit den Berufsangehörigen Schindluder getrieben werden kann, in welchen die große Mehrheit der Kollegenchaft und Berufsangehörigen den Wert der Gewerkschaftszugehörigkeit und straffen Organisation nicht erkennen wollten. Hieraus haben wir aber auch unsere weiteren Schlüsse zu ziehen. Wir dürfen uns auf keinen Fall verleiten lassen, auf unseren Vorbeeren auszuruhen und zu denken, daß dies alles schon von selbst so bleiben werde. Wir haben noch sehr große Aufgaben zu erfüllen und ist in erster Linie notwendig, zur Erfüllung dieser Aufgaben alle die noch außerhalb unseres Berufsverbandes stehenden Kollegen zu gewinnen.

Je stärker und reiflicher die Kollegenchaft in einem Berufe zusammengefaßt ist, umso energischer, aber auch umso leichter ist die Durchführung der Wünsche derselben. Umso leichter aber ist auch der Kampf auf allen Gebieten, die uns als Arbeiter angehen. Würde dies von der gesamten Arbeiterschaft mehr und mehr erkannt werden, würde es bald anders um die Arbeiterverhältnisse bestellt sein, und manches unnötige Gematter und Seiklage würde überflüssig werden. Ernst genommen kann nur der Arbeiter werden, der in seiner Berufsorganisation einen Rückhalt besitzt. Daß er dabei selbst seinen Selbstverständnis bewahrt. In letzterem Punkte krankt es noch sehr bei uns im Osten. Wenn auch ein größerer Teil der

fügung stellte, war nur noch ein kleiner Schritt. Nun unterbleibt der Verleger aber derartige Verbindungen nicht allein mit einem einzelnen Handwerker, sondern zog er nach und nach einen ganzen Kreis derselben an sich heran. So kam es, daß aus dem Ankauf der Erzeugnisse der ursprünglich selbständigen Handwerker im Laufe der Zeit ein System entwickelt wurde, in dessen Mittelpunkt die Arbeitsteilung stand. Denn die Entwicklung hatte bei der eben angeführten Bindung des Handwerkers an den Verleger nicht Halt gemacht. Auf einer weiteren Stufe erfolgte die Zerlegung des Arbeitsprozesses und die Aufteilung desselben unter die Meister gleicher Handwerksart, so daß die Gesamtzahl der abhängigen Meister in eine Anzahl Gruppen eingeteilt wurde, von denen die Angehörigen gleicher Gruppen gleiche Arbeiten — wenn auch örtlich getrennt arbeitend — zu leisten hatten. Dann wurde der Arbeitsprozeß gestopft: Die erste Gruppe bekam die Bearbeitung der Rohstoffe einer Ware zugeteilt, die zweite die Verarbeitung zum Halbzeug, die dritte die Weiterverarbeitung usw. und die letzte die Zusammenfassung der Einzelteile und die endgültige Fertigstellung. Diese scheinbare Zentralisation der Arbeit war aber nichts anderes, als eine zusammengefaßte Arbeitgemeinschaft unter einem einheitlich regelnden Willen des Unternehmers und seiner Funktionäre. Und das ist das Charakteristische in diesem System: An die Stelle der Selbständigkeit in der freien Entschlußfassung über die Gestaltung der Produktion bei den einzelnen Meistern ist die Ausschaltung der freien Willensbetätigung des einzelnen getreten, die Zusammenfassung unter einen leitenden Willen, den Willen des Unternehmers. Der ursprünglich selbständige Meister hat seine Selbständigkeit und die freie Verfügung über seine Arbeitsmittel und sein Arbeitsprogramm verloren — ist ein Glied geworden in der Kette eines arbeitsteiligen Produktionsprozesses.

Ist die Zusammenfassung des für den Verleger zugänglichen Handwerks die eine Seite, so ist die Organisation des Hausfleißes, also der Heimarbeit auf dem Lande während der Wintermonate und der Heimarbeit von Arbeitslosen, Invaliden und Witwen mit ihren Familien im Dienste der Hausindustrie eine zweite Seite derselben Sache. Zum ersten Male war hier für die Wirtschaft die Möglichkeit entstanden, auf der Grundlage umfangreicherer Kapitalverwendung zur Massenherstellung zu gelangen. Damit war der erste Weg zur Schaffung der Voraussetzungen für den Exporthandel gefunden. Das Handwerk aber war durch eine neue Betriebsweise überholt, die ausgeübte Qualitätsarbeit von der billigeren Massenproduktion überflügelt worden. Die Hausindustrie wurde damit die bevorzugte Betriebsform des ausklingenden 16. Jahrhunderts. An ihre Seite trat die Manufaktur, der gewerbliche Großbetrieb des 17. und 18. Jahrhunderts. Davon in folgendem

Dr. Küpper.

Kollegen das kriecherische und unterwürfige Verhalten im Laufe der Zeit abgelegt hat, so sind doch noch genügend vorhanden, welche gerade in der jetzigen Zeit glauben, durch Speichellockerei beim Arbeitgeber Liebkund sein zu müssen. Es soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß man dem Arbeitgeber frech und herausfordernd gegenüber treten soll, aber es soll gesagt sein, daß der Arbeiter von seinen Rechten entsprechend Gebrauch machen muß. Als Organisation müssen wir verlangen, daß unsere Mitglieder nunmehr auch den einmal abgeschlossenen Tarifvertrag respektieren. Wir müssen aber auch weiter verlangen, daß sie darauf bestehen, daß die Arbeitgeber ebenfalls den Tarifvertrag in jeder Richtung hin einhalten. Der Tarifvertrag ist abgeschlossen durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in freier Behandlung und kann nicht gesagt werden, daß irgendeine Seite diktiert hätte. Infolgedessen sind auch beide Parteien verpflichtet zu gegenseitiger Durchführung desselben. Wir können als Holzarbeiter für uns in Ostpreußen in Anspruch nehmen, daß wir wohl mit den fortschrittlichsten und besten Tarifvertrag besitzen, worauf wir stolz sein können. Andererseits aber auch erwächst uns die heilige Verpflichtung, an allen Orten, wo dies bis jetzt noch nicht der Fall ist, den Tarifvertrag einzuführen und hier ist noch eine große Aufgabe von allen Kollegen mitzuerfüllen. Allen denen, die heute noch glauben, am Tarifvertrag teilnehmen zu können, ohne organisiert zu sein, muß klar und deutlich zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie Schmarotzer an der Arbeit ihrer organisierten Berufskollegen sind und daß sie ferner durch ihre Nichtzugehörigkeit zur Organisation den Bestand des Tarifvertrages äußerst gefährden. Bei verständnisvoller Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitnehmerverbände wurde hier in schwieriger Zeit für alle unsere Berufskollegen ein Werk geschaffen, das sich ohne weiteres sehen lassen darf. Den Unorganisierten muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nunmehr, ohne daß sie bisher persönlich oder durch materielle Leistung mitgearbeitet haben, durch ihren Beitritt zur Organisation sofort Nutznießer sind an dem Vertrage. Andererseits müssen dieselben sich aber auch klar sein, daß sie durch ihr Fernbleiben von der vertragsschließenden Organisation die Vertragsdurchführung erschweren, und wenn für die Zukunft dadurch Verschlechterungen eintreten, haben dieselben die schwere Verantwortung der Schuld auf sich zu nehmen. Wenn wir dies alles den Unorganisierten eindringlich und immer und immer wieder ins Gedächtnis rufen, werden wir mit der Zeit bestimmt dahin kommen, daß es diese Sorte Menschen nur noch vereinzelt gibt. In Ostpreußen haben wir auf Grund der räumlichen Abtrennung vom Reiche, ferner aber auch deswegen, weil ja in unserem Gewerbe in der Hauptsache nur Klein- und Mittelbetriebe in größeren räumlichen Entfernungen bestehen, doppelt Veranlassung, uns in unserer Berufsorganisation, im Zentralverband christlicher Holzarbeiter zusammenzuschließen. Deshalb mit allem Nachdruck an die Arbeit zur weiteren Stärkung unseres Verbandes. Einigkeit macht stark! U.

Rundschau.

Volkschule Leobans. Die vom Leobans, Hauptstelle kath.-sozialer Vereine München, ins Leben gerufene und erhaltene soziale Bildungsstätte für aufwärtsstrebende junge Leute aus dem Volke, ist längst nicht mehr unbekannt. In fünf Jahrgängen hat sie bereits ihren Bildungsplan erprobt und die Kunst geübt, „Volksbildung“ zu pflegen, d. h. geweckten jungen Leuten, die außer guten geistigen Anlagen nichts Besonderes an Vorbildung mitbringen können, eine den vielfachen und hohen Anforderungen der Gegenwart entsprechende Einführung in die Fragen des öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geistigen Lebens zu geben.

Die Schule ist seit zwei Jahren in dem prächtig gelegenen Heime untergebracht, das der Bezirksverband München der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine am Kochelsee eröffnet hat. Hier in der Stille des lieblichen Kochelsees, unmittelbar am Fuße hoher Berge bietet schon die äußere Umgebung die Gewähr, daß die Besucher der Schule gleichermaßen für den Körper wie für den Geist finden, was sie suchen: Kraft, Freude, Leben!

Jeder Kurs dauert 6 Monate. Bis zum Beginn des nächsten Kurses (4. Oktober) ist es noch 1/2 Jahr! Da läßt sich manche der Schwierigkeiten, besonders finanzieller Art, die sich dem besten Streben oft so unerbittlich in den Weg stellen, doch noch überwinden!

Möge die Gemeinde der ca. 100 Schüler, die bisher

durch die Volkshochschule gegangen sind, im kommenden Kurse wieder einen kraftvollen und ergiebigen Zuwachs finden und mit zunehmender Kraft auch ihre Erfolge wachsen sehen im Dienste der Stände und der Volksgemeinschaft!

Anfragen sind zu richten: An die Direktion der Volkshochschule in Kochel, Seehof. Ausführlicher Prospekt gratis! Anmeldungen sind bis spätestens 10. September an die obige Adresse zu senden.

Wohnungsnot und Baustoffpreise. Es gibt viele Gründe dafür, warum die so notwendige Wohnungsherstellung immer noch durchaus ungenügend ist. Ein wesentlicher Faktor dürfte die skrupellose Ausnutzung der Notlage seitens der Ziegelfabrikanten sein, die die Preise für Steine auf eine ungeheure Höhe hinaufgetrieben. Mehrfach bereits konnten wir die betrübliche Tatsache feststellen, daß Ziegelöfen stillgelegt wurden, um durch eine Verknappung der Ziegelsteine höhere Preise zu erzielen. Statt nun auf Mittel und Wege zu sinnen, durch verbilligte Preise einen höheren Absatz zu erzielen, arrangierte der Reichsverband der deutschen Mauerstein-, Ziegel- und Tonindustrie vor einigen Tagen eine Protestversammlung seiner Mitglieder in Berlin, wo er Stellung nahm gegen den Vorwurf des Preiswuchers, der von der Öffentlichkeit und der Regierung gegen die Ziegelindustrie mit Recht erhoben wird. Da er den Vorwurf selbst nicht zu entkräften vermochte, verlegte er sich aufs Klagen über den schlechten Absatz und die „untragbaren sozialen Lasten“, Löhne und Steuern. Statt positiv den Gründen nachzugehen, die den mangelnden Absatz bedingen, erlittete er in negativer Selbstbetrügerung. Der Verbandsgeschäftsführer wußte nichts Besseres zu tun, als nach dem billigen Beifall seiner Mitglieder zu haschen, indem er forderte, „durch Syndikate einen Preis, der ein rentables Arbeiten ermöglichte, zu statuieren“, wobei er unter „rentabel“ einen möglichst hohen Preis verstand. Interessant war seine Feststellung, daß die Preise für das Tausend Ziegelsteine gleicher Sorte zwischen 11,— und 26,— Mark ab Werk schwankten. Die Mitglieder, welche 11,— Mark forderten, erklärten, dabei noch ganz gut zu verdienen. Das ist bezeichnend für die Unhaltbarkeit der augenblicklichen Preisgestaltung. Und hier liegt auch der Schlüssel für den mangelnden Absatz. Die Forderung hätte also lauten müssen, daß alle Werke ihren Preis auf 11,— Mark pro Tausend Ziegelsteine zurücksteckten. Dann hätte die Tagung Ziel und Zweck gehabt. So aber bleibt alles beim alten, die Wohnungsherstellung scheitert an der maßlosen Gewinnpsychose, unter der nicht nur die Allgemeinheit leidet, sondern die letzten Endes auch die Ziegelindustrie selbst ruiniert.

Die deutschen Sparkassen Ende Mai 1926. Die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen belaufen sich Ende Mai auf 2258,6 Millionen Rm. Sie haben gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 104,3 Mill. Rm. erfahren. Die Zuwachsziffer hält sich also auf derselben Höhe wie im Vormonat, in dem sie 109,7 Mill. Rm. betrug. Die Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen betragen 1069,2 Mill. Rm. Die Einzahlungen belaufen sich auf 2023,6 Mill. Rm., die Auszahlungen auf 1984,4 Mill. Rm.

Im einzelnen haben eine Erhöhung der Spareinlagen erfahren: Preußen um 65,5 Mill. Rm. auf 1491,7 Mill. Rm., Bayern um 8 Mill. Rm. auf 168,8 Mill. Rm., Sachsen um 6,7 Mill. Rm. auf 115,7 Mill. Rm., Württemberg um 4,6 Mill. Rm. auf 96,4 Mill. Rm., Baden um 6,2 Mill. Rm. auf 107,8 Mill. Rm. und Hamburg um 4,3 Mill. Rm. auf 77,3 Mill. Rm.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Ungültige Betriebsratswahlen. Es wird immer wieder versucht, Verstöße gegen die Wahlvorschriften für die Betriebsratswahl erst dann geltend zu machen, wenn der Arbeitgeber ein ihm nicht genehmes Mitglied der Betriebsvertretung los sein möchte. Demgegenüber haben die Gerichte wiederholt entschieden, daß nach Ablauf der gesetzlichen Einspruchsfrist eine vollzogene Wahl auch dann gültig geworden sei, wenn Verstöße gegen die Wahlvorschriften ganz offenkundig vorliegen. Das Landgericht Greifswald hatte als Berufungsinstanz sich mit der Frage zu beschäftigen. Die Berufung der Firma wurde abgewiesen und das Urteil vom 24. 3. 25 wie folgt begründet:

Die Berufung des Beklagten, der dem Kläger ohne Zustimmung nach § 96 B.R.G. gekündigt hatte, konnte keinen Erfolg haben. Bei der Wahl des Betriebsrats sind eine Reihe

von Verstößen vorgekommen. Einer näheren Untersuchung über die Art und den Umfang der Verstöße im einzelnen bedarf es aber nicht, da selbst Verstöße gegen wesentliche Vorschriften über das Wahlverfahren im Sinne des § 20 die Wahl nicht dann ungültig machen, wenn die Gültigkeit während der Dauer des Ausschusses nach § 18 angefochten ist (§ 19 grundsätzlich heißt die Unterlassung der Aufhebung aller Mängel des Wahlverfahrens, was sich aus der Ueberschrift des Abschnittes F und aus § 1 a. a. O., sowie dem Interesse der Rechtssicherheit ergibt. D. Ausnahme, daß es sich um einen unheilbaren Mangel (Nichtwählbarkeit, § 20) handelt, kommt vorliegend nicht in Betracht. Da eine Heilung von Mängeln des Wahlverfahrens nur möglich ist, wenn das Ergebnis nach § 18 ausgegangen hat, ist die Entscheidung davon abhängig, ob ein solcher Ausgang stattgefunden hat. Diese Frage ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zu bejahen. Sind hiernach die Mängel des Wahlverfahrens geheilt, so ist der Kläger als Mitglied eines als richtig gewählt geltenden Betriebsrats anzusehen. Seine Kündigung ist daher unzulässig.“

Behördlicher Zwang zur Untätigkeit. Der Sinn der Erwerbslosenfürsorge kann nur sein, den Arbeitslosen und seine Familie über die schwierige Zeit hinwegzubringen, nicht aber seinen Arbeitswillen zu lähmen und ihn zu einem Proletarier in des Wortes ursprüngliche Bedeutung zu machen. Nun ist es gewiß richtig, daß man jeden Versuch, die Erwerbslosenfürsorge auszunutzen, rücksichtslos unterbinden muß. Keinesfalls aber darf das dazu führen, die Arbeitslosen, die zum Unterhalt ihrer Familie nach einer geringfügigen Zusatzverdienstmöglichkeit zu der gewiß unzulänglichen Erwerbslosenunterstützung Ausschau halten, mit der Entziehung der Unterstützung zu bestrafen. Einige Behörden scheinen sich in dieser Beziehung zu tüftelnden Spezialisten zu entwickeln. Es gehört ein feines Fingerspitzengefühl dazu, Grenzfälle in einer der Erwerbslosen und die Allgemeinheit gleich befriedigenden Weise zu lösen. Darin liegt die Geschicklichkeit und Brauchbarkeit der mit der Betreuung der Erwerbslosen beauftragten Beamten, nicht aber in bürokratischer Buchstabenstumpfsindigkeit.

Unlängst wandten wir uns gegen die geradezu unsittliche Tatsache, wonach die Wochenhilfe von der Erwerbslosenfürsorge in Abzug gebracht wird. In den letzten Tagen wird wieder ein Fall bekannt, wo ein abgebauter Buchhalter, der monatlich 37,— Mark Unterstützung bekommt und zur Abdeckung seiner Miete von 35,— Mark monatlich ein Zimmer für 33,— Mark untervermietet, davon die Hälfte an die Erwerbslosenfürsorge abführen mußte. Da er demnach einfach nicht in der Lage war, seine Miete zu zahlen, wurde er in unverständlicher Weltfremdheit vor Amtsgericht Charlottenburg zur Mietszahlung und Kündigung seiner Wohnung verurteilt. Ein anderer Erwerbsloser, der zu seiner Erwerbslosenunterstützung von 10,7 Mark wöchentlich sich durch Adressenschreiben noch 8,5 Mark hinzuverdiente, wurde ohne vorherige Warnung von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen.

Man hat so oft der Erwerbslosenfürsorge den Vorwurf gemacht, daß sie den Willen zur Arbeit unterbinde. Das Gegenteil ist, wie noch vor kurzem der Reichsarbeitsminister feststellte, der Fall. Wenn allerdings die Behörde mit einer unangebrachten Geschäftigkeit darüber wachet, daß die Erwerbslosen ja keine Handreichung machen, liegt allerdings die Gefahr nahe, daß die Erwerbslosenfürsorge zu einer Einrichtung wird, in der sich nur notorische Arbeitsscheue zurechtfinden vermögen. Dadurch würde der Wille derer, die die Erwerbslosenfürsorge schufen, ins Gegenteil verkehrt werden. Zudem vermögen wir nicht einzusehen, warum man pensionierten Offiziere und Beamten, die ein sehr gutes Auskommen haben, gestattet, die ertragreichsten Stellen einzunehmen, die oft genug anderen das Brot wegnehmen, oder an ihrer Pension auch nur die kleinsten Kürzungen vorzunehmen, während man den Erwerbslosengeldempfängern auch die kleinste Dienstleistung verbietet.

Das erste Erfordernis zur Aufrichtung einer wahren Volksgemeinschaft ist das einsühelnde Verständnis für die Lage der Volksgenossen, an deren Türe die Not des Lebens pocht.

Bücher und Schriften

bezieht

der christliche Gewerkschaftler

durch die

Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Deutscher Versicherungs-Konzern

in Berlin-Schöneberg (Post Friedenau) Hähnelftr. 15a

Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes versichern ihr Leben bei der Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützigen Aktiengesellschaft, ihre Möbel und ihren Hausrat bei der Deutschen Feuerversicherung A.-S. Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen können ebendort zu günstigsten Bedingungen abgeschlossen werden

Billige Tarife * Kulante Schadensbehandlung * Größte Sicherheit
Aufsichtsrat-Vorsitzender: Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald
Universal-Mitarbeiter gesucht

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,— Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.



Eingahlg.: Deutsche Volksbank, Essen, Postk.-R. Nr. 164